

Mainz, den 03. Februar 2003

**„Zuwanderungsgesetz muss jetzt kommen!“**

Der Bundesausländerbeirat hat die Parteien aufgefordert, die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes zügig voranzutreiben. Auch wenn das Inkrafttreten des Gesetzes vom Bundesverfassungsgericht aus formalen Gründen gestoppt worden sei, so der Verband, hätten sich an den Erfordernissen zu einer Gestaltung der Zuwanderung und Integration nichts geändert.

Der Bundesausländerbeirat erinnerte daran, dass es seit langer Zeit einen gesellschaftlichen Konsens über die Modernisierung der Zuwanderungs- und Integrationspolitik gäbe. Die Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Migrantenverbände und die meisten Parteien unterstützten diese Neuorientierung. Nur die Unionsparteien hätten sich bislang hartnäckig diesem dringenden Konsens widersetzt, so der Vorwurf des Bundesausländerbeirates. „Es darf nicht wieder geschehen, dass gesellschaftlich wichtige Zukunftsprojekte, wie das Zuwanderungsgesetz, den parteipolitischen Grabenkämpfen zum Opfer fallen“, warnt der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates Memet Kilic.

Auch gebe es nach Einschätzung des Bundesausländerbeirates eine politische Mehrheit für ein modernes Zuwanderungsgesetz. So habe der kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf der FDP zu einem Zuwanderungsgesetz gezeigt, dass sich die Vorstellungen der Liberalen hierzu kaum von denen der Bundesregierung unterschieden.

Der Bundesausländerbeirat warnt aber vor einer Verschärfung der Regelungen im bisherigen Zuwanderungsgesetz, das nach seiner Einschätzung schon eine Vielzahl an restriktiven Normen enthalte. Vielmehr gelte es, so der Verband, sich jetzt vor allem auf die Vorschläge der Süßmuth-Kommission zu orientieren, die seiner Zeit bereits sinnvolle und Konsens orientierte Empfehlungen formuliert habe.

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37